

## **TACHELES! Marburg, lass uns reden: Ergebnisse der Vernetzungskonferenz**

Fachdienst 72 – Bürger\*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg / Verantwortlich: Dr. Griet Newiger-Addy

Stand: 17.12.2020

Die Vernetzungskonferenz „TACHELES! Marburg, lass uns reden.“ am 30.10.2020 bestand aus drei einleitenden Keynotes, sechs Workshops zu unterschiedlichen Themen im Bereich Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit sowie einer Abschlussdiskussion, bei der die Workshop-Ergebnisse zusammengetragen wurden (zum Programm siehe: <https://marburgmachtmitt.de/page/tacheles> ).

Ziel der Konferenz war es, Engagierte und Interessierte in Marburg zusammenzubringen, Erfahrungen auszutauschen und Handlungsbedarfe für Marburg zu erkennen - um daraus gemeinsam konkrete Lösungsansätze und Projekte für Marburg gemeinsam zu entwickeln.

Dieses Ziel wurde erreicht. Aus allen Programmpunkten ergaben sich vielfältige Hinweise und Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Diese Vorschläge haben wir ausgewertet und gebündelt und in der folgenden Tabelle zusammengefasst. Falls es von Ihrer Seite dazu noch Ergänzungen und Kommentare gibt, möchten wir Sie bitten, uns diese bis zum 15. Januar 2021 zukommen zu lassen.

Die Vorschläge werden dann verwaltungsintern weiterbearbeitet und sollen zu einem Aktionsplan zusammengefasst werden. Über den weiteren Fortgang halten wir Sie auf dem Laufenden.

<p>1. <b>Schaffung und Ausgestaltung einer Antidiskriminierungsstelle für Marburg</b></p> <p>(Anmerkung der Verwaltung: Die Stadt Marburg ist Gründungsmitglied des Antidiskriminierungsvereins Mittelhessen e.V. (AdiNet Mittelhessen). Der Verein baut derzeit eine Antidiskriminierungsstelle in Mittelhessen in Kooperation mit der Stadt Gießen und den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf auf. Die Antidiskriminierungsstelle wird voraussichtlich im ersten Quartal 2021 auch für Marburger*innen ansprechbar sein und zu unterschiedliche Diskriminierungsformen Einzelfallberatungen anbieten.)</p>	<p><b>Eine Antidiskriminierungsstelle für Marburg schaffen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Ausstattung und Unabhängigkeit:</b> Die Antidiskriminierungsstelle sollte personell und finanziell gut ausgestattet werden, sowie langfristig und unabhängig agieren können</li> <li>• <b>Beratung für Alle:</b> Alle Menschen, die Diskriminierungserfahrungen machen sollen in der Stelle ein Beratungs- und Unterstützungsangebot bekommen</li> <li>• <b>Peer-Beratung und Empowerment:</b> Die Stelle sollte Beratungen in Form von Tandemberatung mit Peer-Beratung anbieten. Die Peer-Beratung soll durch fachkompetente Personen geleistet werden. Dafür sollten Bewerber-Profile erarbeitet werden. Außerdem sollte ein Netzwerk aufgebaut werden, über das sich diskriminierte Menschen gegenseitig stärken können. Zudem sollte eine persönliche Begleitung und Unterstützung durch Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen.</li> <li>• <b>Niedrigschwelliger und barrierefreier Zugang:</b> Der Zugang zu der Beratungs- und Unterstützungsleistung sollte über mehrere Kommunikationskanäle möglich sein. Eine Anlaufstelle rund um die Uhr ist erforderlich, z.B. Online Beratung, Telefon, ggf. Entwicklung einer App, in der Diskriminierungserfahrungen gemeldet werden können (Beispiel Berlin/BW). Die Antidiskriminierungsstelle muss öffentlich und barrierefrei zugänglich sein (ein Raum, in den Menschen kommen können). Zudem sollten Angebote in einzelnen Stadtteilen verfügbar sein (z.B. regelmäßige Sprechstunden).</li> <li>• <b>Breite Öffentlichkeitsarbeit:</b> Die Antidiskriminierungsstelle sollte über Plakate, Flyer, Visitenkarten etc. bekannt gemacht werden. Der Prozess zum Melden von Diskriminierungserfahrungen muss klar und einfach dargestellt und vermittelt werden, z.B. durch Plakate mit Skizzen. Ansprechpartner*in /Institutionen könnten mit einem Board/Stand Schild am Rathaus und in den Ortsteilen mit direkten Kontakten sichtbar gemacht werden.</li> <li>• <b>Verankerung in Politik und Zivilgesellschaft:</b> Insgesamt ist eine gute strukturelle Verankerung der Antidiskriminierungsarbeit in verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und im politischen Raum notwendig. Die Antidiskriminierungsstelle muss als Schnittstelle fungieren und eine Verknüpfung zwischen einzelnen Bürger*innen und freien Trägern, Initiativen und Politik herstellen. Beispielsweise</li> </ul>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>könnten zivilgesellschaftliche Initiativen Kontakt zu Flüchtlingsnetzwerken herstellen und kostenlose Rechtsberatung einrichten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Qualifiziertes Freiwilligenengagement:</b> Die Antidiskriminierungsstelle sollte eine Zusammenarbeit zwischen bezahlten Kräften und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ermöglichen. Dabei sollten Fachstandards und Kenntnisse des AGG vermittelt werden. Verschiedene Kompetenzen, die in einzelnen Fachgebieten vorhanden sind, sollten gegenseitig nutzbar gemacht werden (z.B Schulungen). Die Zivilgesellschaft sollte zur Mitarbeit angeregt werden.</li> <li>• <b>Akuter Bedarf:</b> Die Arbeit der Stelle muss aufgrund akuter Meldungen möglichst sofort beginnen.</li> </ul>
2.	<p><b>Bündnis für „Fair Vermieten in Marburg“ schaffen</b></p>	<p><b>Bündnis für Fair Vermieten für Marburg</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt als wichtiger Aspekt der Antidiskriminierungsarbeit:</b> Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist auch in Marburg nachweislich ein Problem. Die zu schaffende Antidiskriminierungsstelle sollte daher unbedingt fachliche Beratungskompetenzen in diesem Themenfeld besitzen. Gleichzeitig sollten Verwaltungsstellen, die zu Wohnungsfragen beraten, über die Arbeit der zu schaffenden Antidiskriminierungsstelle informiert sein und Basiswissen in diesem Themenfeld besitzen (Fortbildung).</li> <li>• <b>Sensibilisierung von Wohnungssuchenden und Vermieter*innen:</b> Die Stadtöffentlichkeit, aber insbesondere Vermieter*innen und Wohnungssuchende, sollten darüber informiert sein, dass die Universitätsstadt Marburg sich klar gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt engagiert. Dazu sollte ein „Bündnis Fair Vermieten in Marburg“ geschaffen werden. Mitglieder sollten sich zu Standards zur Nicht-Diskriminierung bei der Wohnungsvermietung verpflichten. Wünschenswert wäre eine Beteiligung städtischer Wohnungsbaugesellschaften. Zudem sollte zielgruppengerecht in der Öffentlichkeit über die Antidiskriminierungsstelle und das Engagement der Stadt informiert werden (z.B. Anzeigen platzieren bei Wohnungsanzeigen).</li> </ul>

3.	<b>Aufsuchender Dialog mit Betroffenen</b>	<p><b>Aufsuchender Dialog mit Betroffenen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei der Arbeit gegen Rassismus sollte insgesamt stärker als bisher der aufsuchende Dialog mit Betroffenen gesucht werden. Dazu ist es notwendig, in die Lebensrealität der Communities einzutauchen. Denkbar sind Vorort-Dialoge mit dem Schwerpunkt Rassismus und Ausgrenzung direkt in den Wohnkomplexen und Innenhöfen mit Dolmetscher*innen sowie die Identifikation von Schlüsselakteur*innen, die als Brückenbauer*innen für Stadtteile und Communities wirken.</li> </ul>
4.	<b>Aufmerksamkeit schaffen im öffentlichen Raum</b>	<p><b>Aufmerksamkeit schaffen im öffentlichen Raum</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Direktansprache gegen Rassismus und Ausgrenzung in öffentlichen Bereichen wie Läden, Kinos und Gastronomie</li> <li>• Bestehende Werbeflächen der STadt für klare Ansagen nutzen (Pixelwand, StudierMalMarburg)</li> <li>• Dabei sollte das Thema der Mehrfachdiskriminierung unbedingt berücksichtigt werden.</li> <li>• Gesprächsgarten – Stationen, an denen man sich Berichte von Betroffenen anhören kann</li> <li>• Klare Symbole und Erzählungen zur Vielfalt Marburgs, z.B. Erstellung eines Vielfalts-Stammbaums</li> <li>• Ortsspaziergang, um verschiedene Stadtteilviertel und die Menschen zu verbinden</li> <li>• Zentral ist, Anspracheformen zu entwickeln und zu finden, die Zielgruppen außerhalb akademischer Zirkel erreichen</li> </ul> <p><b>Internationale Wochen gegen Rassismus nutzen und bekannter machen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisation einer öffentlichkeitswirksamen Aktion im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus, z.B. Straßenkonzert, Straßenmusik als Repräsentation kultureller Vielfalt, Straßensperrungen und Menschenkette mit dem Motto „eine Grenze gegen Ausgrenzung“</li> <li>• Aufgreifen aktueller Diskriminierungsvorfälle im Rahmen der Wochen, bspw. Eine Veranstaltung zum Thema Diskriminierung von Asiat*innen in der Corona-Krise in Zusammenarbeit mit dem Verein chinesischer Wissenschaftler und Studierenden</li> </ul>

		<p><b>Öffentliche Diskussion zu diskriminierungsfreier Sprache stärken</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu gendergerechter/diskriminierungsfreier Sprache organisieren</li> <li>• Diskurs zum Thema Geschlecht und Rollenbildern einen Raum geben: Veranstaltungen organisieren, Podiumsdiskussionen, Debattierveranstaltungen</li> <li>• Workshops zu diskriminierungsfreier Sprache organisieren</li> </ul>
5.	<p><b>Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung an Schulen und Kindergärten fördern</b></p>	<p><b>Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten bei der Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung fördern</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Marburg gibt es mehrere Schulen gegen Rassismus. Viele Schüler*innen und Lehrer*innen thematisieren Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit in passenden Unterrichtseinheiten oder engagieren sich in- und außerhalb der Schule. Gleichzeitig gibt es in Kindergärten und Schulen Kinder und Jugendliche, die von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. Daher sollten Wege gefunden werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen der Stadtverwaltung und Schulen und Kindergärten bei diesen Themen zu stärken.</li> <li>• Folgende Vorschläge wurden im Rahmen von TACHELES gemacht: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Organisation eines stadtweiten Schultages gegen Rassismus und Ausgrenzung</li> <li>▪ Sensibilisierungsveranstaltungen für Jugendliche</li> <li>▪ Medienkompetenzvermittlung an Schulen und für Jugendliche</li> <li>▪ Antirassismusworkshops in Schulen (Zielgruppe: Lehrer*innen und Schüler*innen) und in Kindergärten (Zielgruppe Erzieher*innen)</li> <li>▪ Aufklärung über Rechtsextremismus in Schulen → Geschlechterrollen neu denkbar machen</li> <li>▪ Empowerment von Schüler*innen mit Rassismus-Erfahrungen</li> <li>▪ Schulmediator*innen bereitstellen und im Thema schulen: Vertrauenspersonen in Schulen sind wichtig</li> </ul> </li> </ul>

<p>6.</p>	<p><b>Vernetzung und Dialog in Marburg stärken</b></p>	<p><b>Ein Vielrespektzentrum für Marburg</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Angeregt durch die Keynote von Ali Can wurde vorgeschlagen, ein Vielrespektzentrum für Marburg zu errichten (entweder in neuen oder in bestehenden Räumen, z.B. in Kooperation mit weiteren Initiativen wie den Gemeinwesenprojekten). Das Ziel wäre, den Dialog zwischen unterschiedlichen Meinungen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu stärken und dafür einen konkreten Raum (oder Räume) zu schaffen. (Vielrespektzentrum Essen: <a href="https://www.vielrespektzentrum.de/">https://www.vielrespektzentrum.de/</a> ), In diesem Raum könnten sich ganz unterschiedliche Initiativen für ihre Arbeit treffen und in einen Dialog treten.</li> </ul> <p><b>Vernetzung in Marburg stärken</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weitere TACHELES-Veranstaltungen zur Vernetzung der vielfältigen Initiativen und Akteure im Bereich Antirassismus und Vielfalt</li> <li>• Virtuelle Räume zur Vernetzung nutzen: Technik-Workshops anbieten, Programme und Nutzungsmöglichkeiten auf MarburgMachtMit empfehlen: mit der Freiwilligenagentur für eine stärkere Online-Präsenz von Initiativen zusammenarbeiten</li> <li>• Netzwerk mit Initiativen entwickeln, in dem Schulen und Privatpersonen Kontaktpersonen und Angebote finden → Engagementkarte auf MarburgMachtMit dafür nutzen</li> </ul>
<p>7.</p>	<p><b>Gegen Hass im Netz vorgehen</b></p>	<p><b>Gegen Hass im Netz vorgehen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Counterspeech als Reaktion auf HateSpeech im Netz: Ansprechpartner*innen sichtbar machen (siehe dazu auch schon den Überblick über Meldestellen unter: <a href="https://marburgmachtmit.de/page/dialog-vielfalt">https://marburgmachtmit.de/page/dialog-vielfalt</a>)</li> <li>• Kooperation mit Marburger Technik-Unternehmen: Hinweise auf die Problematik beim Kauf von Computer-Technik</li> <li>• Veranstaltungen anbieten zum Thema „Hass im Netz“ → Was ist das überhaupt</li> <li>• Workshops zu Medienkompetenz und Informationskompetenz anbieten</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kostenlose Rechtsberatung einrichten und Kontakt zu Flüchtlingsnetzwerken herstellen</li> </ul>
8.	<b>Vielfalt in der Stadtverwaltung</b>	<p><b>Vielfalt in der Marburger Stadtverwaltung fördern</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es gibt derzeit schon einen Arbeitskreis „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg mit einem Maßnahmenkatalog. Außerdem engagiert sich die Stadtverwaltung in dem Prozess „Gütesiegel Interkulturelle Vielfalt leben“. Zu prüfen ist, ob in diese Prozesse nochmals weitergehende Vorschläge eingebracht werden können.</li> <li>• Folgender Vorschlag wurde im Rahmen der Konferenz eingebracht: Diversität in der Stadtverwaltung Marburg fördern, z.B. durch symbolische Kooperationen von Mitarbeitenden in der Marburger Stadtverwaltung mit Kolleg*innen in den Städten der Städtepartnerschaften im Ausland, v.a. Sibiu in Rumänien und Sfax in Tunesien</li> </ul>